Einzelpreis 50 Pfg. 5. Jahrg. Donnerstag, den 20. April 1922 Nummer 184 Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 35,— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32,— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 69,— M., für das übrige Ausland 87,— M.

Die zehngespaltene Kolonelzeile oder deren Raum kostet 12,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Krise noch nicht überwunden

Die Krise in Genua

(EP.) Genua, 20. April.

Nach dem ersten Tage der diplomatischen Sonderverhandlungen zeigen sich nur wenige Anzeichen zur Klärung. Die Lage bleibt für die Konferenz ernst. Die eifrigen italienischen Versöhnungsbestrebungen haben nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. Schanzer bot alles auf, um die von Lloyd George angeführte Mächtegruppe mit den Deutschen wieder zu versöhnen. Lloyd George bemerkte aber, das Vorgehen der Deutschen und Russen habe jenen Geist gegenseitigen Vertrauens zerstört, der unerläßlich für das internationale Zusammenwirken eines der Hauptzwecke der Konferenz sei. Reichskanzler Dr. Wirth und Dr. Rathenau waren zu gewissen Zugeständnissen bereit; aber Tschitscherin weigerte sich entschieden, auf die ihm durch den Vertrag mit Deutschland erwachsenden Vorteile zu verzichten. Die Russen wollten die einmal erlangte Stellung nicht wieder aufgeben. Tschitscherin hätte Rathenau erklärt, er halte Deutschland durch den Abschluß des Vertrages für endgültig gebunden. Im Grunde fühlen aber die Russen sich etwas isoliert. Die Ergebnisse der gestrigen Unterhandlungen werden sich heute in den Erklärungen widerspiegeln, die Tschitscherin auf Grund der eingetroffenen Weisung aus Moskau heute den vier Mächten unterbreiten wird.

Die deutsche Antwort noch nicht fertig

(EP.) Genua, 20. April.

Die Sitzung der deutschen Sachverständigen, die um 10 Uhr abends begann, dauerte bis Mitternacht. Eine Einigung über den Text der Antwort ist noch nicht zustande gekommen. Es liegen zum bestehenden Entwurf verschiedene Abänderungsanträge vor.

Die russische Antwort auf das englische Memorandum ist Mittwoch abend festgestellt und überreicht worden. Das Dokument ist äußerst umfangreich. Soweit bis jetzt in Erfahrung gebracht werden konnte, wird den Russen die Zusammenlegung aller Schulden vorgeschlagen.

Rußlands Antwort

Genua, 19. April.

Ueber den Inhalt der russischen Antwort auf das Londoner Sachverständigen-Gutachten erfahren wir aus den Kreisen der russischen Delegation, daß die Sowjets vorschlagen werden, daß man alle russischen Schulden, sowohl die Vorkriegs- wie die Nachkriegsschulden als ein unteilbares Ganzes betrachtet. Man wird eine Konsolidierungsanleihe verlangen, um die Schulden abzulösen. Wegen dieser Antwort, die morgen übergeben werden soll, hat die bolschewistische Delegation zum zweiten Male Instruktionen aus Moskau erhalten.

Englische Pressestimmen über Genua

London, 20. April.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" schreibt, wenn der Abschluß eines Separatabkommens mit Rußland als Torheit von seiten Deutschlands bezeichnet werden müsse, so müsse die katastrophale Politik der Alliierten mit noch schärferen Ausdrücken benannt werden. Mit ihrer verhängnisvollen Rückkehr zu den Methoden von Paris hätten die Alliierten systematisch und offen die Beherrschung der Genueser Konferenz durch den Obersten Rat erreicht. Deutschland sei berechtigt zu erklären, daß, wenn die Konferenz ihm irgend etwas zu sagen habe, sie dies entweder als Konferenz oder durch den politischen Unterausschuß tun müsse, der besonders zur Behandlung der russischen Frage ernannt wurde. Nach Ansicht des Berichterstatters haben die Methoden der Alliierten in Genua die Konferenz endgültig ruiniert. Das brauche nicht notwendigerweise den Abbruch der Konferenz zu bedeuten. Vielleicht werde noch ein wichtiges Abkommen mit Rußland zustande kommen. Statt daß jedoch Einheit erzielt wurde, seien die Differenzen verewigt worden, und die Verantwortung dafür liege in der Hauptsache bei den Alliierten. Die Tatsache, daß man Tag für Tag zu berichten habe über alliierte Erörterungen, alliierte Vorschläge, alliierte Beschlüsse, während die Delegierten der kleinen Staaten ziellos in Genua herumwandern müßten, beweise, wie vollständig die Ideale der Konferenz entschwunden seien. Italien sei nicht im geringsten dafür zu tadeln. Schanzer habe während der ganzen Konferenz eine liberale Anschauung bewiesen; dasselbe gelte für Facta.

In einem Leitartikel sagt „Daily News", es sei jetzt durch die wiederholten Experimente klar bewiesen, daß der Friede nicht gesichert werden könne mit den bisherigen, von Versailles bis Genua angewandten Mitteln.

Student of Politics schreibt dem „Daily Chronicle", das einzige weise Verfahren für Deutschland wäre, den Vertrag mit Rußland in die Schublade zu stecken und ihn dort zu lassen als eine Art der Politik der Versicherung, falls die Konferenz nicht zu einem Uebereinkommen in der russischen Frage gelange. Wenn Deutschland zu seinem Vertrag stehe, so beginne es die Teilung Europas in zwei gegnerische Lager und treibe England und Frankreich einander in die Arme.

„Times" nennt in einem Leitartikel den deutsch-russischen Vertrag „die unheilige Allianz". Der Vertrag sei das Ergebnis der festen Entschlossenheit der Deutschen und der Bolschewisten den versteckten Kampf gegen die Alliierten fortzusetzen, bis der Tag komme, wo sie es offen tun könnten. Gegenüber der deutsch-russischen Kombination gebe es nur einen Weg für die Alliierten, noch fester zusammenzustehen, als sie es bisher getan haben.

Sanktionen als Allheilmittel

Paris, 20. April.

Marcel Hutin berichtet dem „Echo de Paris", daß Ministerpräsident Poincaré in der Angelegenheit des deutsch-russischen Vertrages handeln werde. Nicht in Genua müsse diese Angelegenheit liquidiert werden. Wenn man die Deutschen nicht hindern könne, sich mit den Bolschewisten zu verständigen, so habe man doch noch das Recht und die Kraft, Deutschland zum Respekt des Versailler Friedensvertrages zu zwingen. **„Wir haben die Mittel, Sanktionen auszuüben**, die Deutschland zwingen, zur Ordnung zurückzukehren." Wir werden von unseren Alliierten und hauptsächlich von Großbritannien verlangen, sich uns anzuschließen, um **Deutschland zu zwingen, Abbitte zu leisten**, nicht in Worten, sondern in effektiver und greifbarer Form. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" telegraphiert aus Genua: „Selbst, wenn Deutschland Absolution erhält, wird die interalliierte Zusammenarbeit um so notwendiger, als die scheinbare **Annullierung des deutsch-russischen Vertrages nicht genügen** würde, den Argwohn eines **Geheimabkommens zwischen Deutschland und den Bolschewisten zu beseitigen**. Der Berichterstatter glaubt zu wissen, daß die besten Köpfe der Konferenz von dieser Notwendigkeit so überzeugt seien, daß sie ein Mittel suchten, um durch eine Formel den vollzogenen Zusammenschluß kundzugeben. Sie fragten sich beispielsweise, ob nicht die Alliierten West- und Mitteleuropas einen Vertrag abschließen könnten für die Aufrechterhaltung des Friedens. Wenn die Konferenz gestatten würde, ein derartiges Einverständnis zu finden, dann wäre ihr Werk nicht vergeblich gewesen, und noch einmal würde die deutsche Unklugheit für die Alliierten der Anfang der Weisheit.

Eine Weltkonferenz der Bankfachleute

Da das Reparationsproblem von den Verhandlungen in Genua ausgeschlossen, hat die Spezialkommission der Fachleute für Finanzfragen, in der auch der Reichsbankdirektor Havenstein sitzt, beschlossen, alle Banken, die Banknoten ausgeben, zu einer Konferenz außerhalb Genuas und ohne Zusamenhang mit der Genua-Konferenz, zusammenzuberufen. Diese Konferenz soll aus sich heraus das ganze Valutaproblem regeln, also die Frage der Goldbasis der Währungen, der Stabilisierung der Wechselkurse, der Kredite, der Anleihefragen, der Unabhängigkeit der Notenbanken von ihren Regierungen, die Frage der Schuldenzahlen, wobei die wenigen vorhandenen Liquidierungsmöglichkeiten der schwierigen Schuldenzahlungen studiert werden sollen.

Damit ist die Bedeutung der Arbeiten der Finanzkommission in Genua bedeutend herabgedrückt. Es ist aber auch kaum möglich, ohne Einbeziehung der Reparationsfragen die Finanzberatungen zu einem förderlichen Ergebnis zu führen. Von größter Bedeutung aber ist, wann diese Weltkonferenz der Notenbanken zusammentritt. Denn je mehr Zeit man verstreichen läßt, desto mehr verwirren sich die der Lösung harrenden Probleme. Es wird ohnehin noch eine Welle dauern, bis sie aus dem Stadium der Prüfung heraustreten und zur endgültig helfenden Tat geschritten wird.

Exmonarchen und ihre Familien haben es doch besser als andere Monarchen. Selbst wenn sie die Völker ins Unglück stürzten, wird für sie gesorgt. Den Hohenzollern wurden unzählige Millionen gegeben, dem Habsburger Karl mußten die ehemaligen österreichischen Staaten die Mittel für seinen Aufenthalt zur Verfügung stellen und jetzt soll auch Karls Frau, Zita, bis an ihr Lebensende versorgt werden. Selbst Italien hat sich bereit erklärt, zu den Kosten beizutragen und England will der Zita den Aufenthalt auf der Insel Wight gestatten.

Die Arbeitslosigkeit in England. Nach der offiziellen Statistik beläuft sich die Zahl der Arbeitslosen beiderlei Geschlechts im Gebiete des Vereinigten Königreichs nach dem Stande der letzten Woche auf **1 742 517**. Diese Zahl bedeutet ein leichtes Anschwellen der Arbeitslosigkeit gegenüber der Vorwoche.

Steuerkompromiß und Rechtssozialisten

Der Klassencharakter des letzten Steuerkompromisses, dem die Rechtssozialisten zugestimmt haben, springt auf den ersten Blick in die Augen.

Die neuen, den Massenkonsum belastenden Steuergesetze werden für die Arbeiterklasse sofort wirksam, und zwar in einem Zeitpunkt, da die Zwangswirtschaft der ungeschmälerten Wucherfreiheit weichen mußte, da Tag um Tag alle unbedingt notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sprunghaft im Preise steigen, da Hunderttausende von Volksgenossen weder das zur Lebensfristung notwendige Brot noch die ebenso unentbehrlichen Kartoffeln kaufen können. Die neu beschlossenen Besitzsteuern dagegen kommen erst in den Jahren 1923, teilweise sogar erst 1926 als wirkliche Abgabe in Betracht.

Der Steuerblock hat seine einzelnen Glieder durch ein Mantelgesetz gefesselt. Die Kompromißparteien trauten sich einmal gegenseitig selbst nicht über den Weg, zum andern wollte sich jede Partei eine Rückendeckung schaffen, um nachher erklären zu können, daß ihnen wohl dieses und jenes Gesetz ganz und gar nicht gefalle, daß es aber aus dem Rahmen nicht herausgenommen werden konnte, da ein Mantelgesetz ihre Gesamtheit unlösbar verbunden hatte.

Typisch war die Haltung der einzelnen Parteien zum Gesetz selbst. Die Deutsche Volkspartei als Vertreterin schwerindustrieller und großkapitalistischer Interessen wehrte sich gegenüber den Angriffen der Deutschnationalen mit der Behauptung, daß der Abschluß des Kompromisses ohne ihre Beteiligung den Besitz noch mehr belastet hätte. Die Rechtssozialisten hingegen machten die Unabhängigen für die Unzulänglichkeit des Kompromisses verantwortlich, die es abgelehnt hätten, das Kompromiß mitzumachen. Tatsache ist, daß die Deutsche Volkspartei bei dem Steuerkompromiß eine starke Schonung des Besitzes durchgesetzt hat. Daß in diesem Streben die Demokraten, und ganz besonders der Abgeordnete Dr. Fischer-Köln, als fünfzigfaches Aufsichtsratsmitglied, nicht zurückstehen wollten, braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden.

Auch Zentrum und Bayerische Volkspartei haben, ohne klugerweise viel Worte zu machen, sich für Bewilligung aller in erster Linie die Minderbemittelten berührenden Steuern bereit gefunden, dagegen mit außerordentlichem Geschick verstanden, den ländlichen Grundbesitz zu schonen.

Es muß festgestellt werden, daß in der ersten Lesung des Steuerausschusses eine Anzahl von Anträgen zu den Besitzsteuervorlagen gemeinsam von der SPD., USP. und teilweise den Kommunisten gestellt oder doch vertreten worden sind. Dieses Zusammenarbeiten wurde aber abgebrochen, als von der Regierung nach Abschluß der ersten Lesung den beiden Steuerausschüssen (11. und 25. Ausschuß) in einer gemeinsamen Sitzung erklärt wurde, daß das Resultat nicht befriedige.

So entschieden das ministerielle Verlangen nach Erhöhung der Erträgnisse bei den Verbrauchssteuern klang, so seicht und leudenlahm war es gegenüber den gewaltigen Verschlechtungen an den Besitzsteuern. Schon in dieser Sitzung ist von unabhängiger Seite präzis und klar erklärt worden, daß die USP. auf den Boden eines solches Kompromisses unmöglich treten könne.

Leider haben sich die Rechtssozialisten breitschlagen lassen. Sie nehmen all die harten Bedingungen des Steuerkompromisses hin. Gewiß nicht ohne den Versuch, mehr aus den Besitzsteuern herauszuholen. Nicht wenige haben sich sowohl in der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion wie in der Presse der SPD. gegen einen solchen Pakt gewandt, allein die Kompromißler für jeden Fall und um jeden Preis siegten schließlich.

Es besteht sehr wohl eine andere Möglichkeit des Verhaltens für die SPD. Die zehn Forderungen des A.D.G.B. und der Afa konnten bei resoluter Führung dieser Spitzenverbände unter Mitwirkung der drei sozialistischen Parteien eine Plattform abgeben, auf welcher sich eine wirkungsvollere Heranziehung des Besitzes hätte ermöglichen lassen.

Daß die rechtssozialistische Fraktion so ganz und gar die ursprünglich auch von ihr vertretenen zehn For-

derungen verleugnete, ist eine Folge ihrer unglückseligen Koalitionspolitik.

Die ursprünglichen Regierungsvorlagen waren auf einen schätzungsweisen Ertrag von 103 019 000 000 Mk. berechnet, und zwar sollte der Besitz laufend rund 49 Milliarden erbringen, wozu noch eine einmalige Einnahme von 3 Milliarden aus der Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit hinzukommen sollte, insgesamt also eine sogenannte Besitzsteuerbelastung von 52 Milliarden Mark, gleich 51 Prozent des Gesamtaufkommens.

Demgegenüber sollte die Steuerbelastung für die sogenannten entbehrlichen Genußmittel (Tabak, Bier, Wein, Schaumwein, Mineralwasser, Schnaps, Essigsäure und Spielkarten) den Betrag von rund 7 Milliarden Mark pro Jahr oder 6,8 Prozent des Gesamtaufkommens, die Besteuerung des übrigen Verbrauchs aber 43 Milliarden Mark oder 42,1 Prozent des Gesamtaufkommens erbringen.

Schon diese rechnerische Aufmachung des Finanzministeriums krankt an einseitiger Schönfärberei. Sie schreibt dem Besitz Lasten zu, die von ihm nicht oder doch nur teilweise aufgebracht werden.

So figuriert unter der Besitzbelastung auch die Einkommensteuer mit einem Jahresertrag von 23 Milliarden, während doch jeder Arbeiter weiß, daß durch den 10prozentigen Lohn- und Gehaltsabzug ein erheblicher Teil nicht von dem Besitz, sondern von dem dürftigen Lohn jedes besitzlosen Arbeiters erhoben wird.

Der rechtssozialistische Abgeordnete Kahmann glaubte in seiner Rede bei Verabschiedung des Mantelgesetzes für die Haltung seiner Partei zu den Steuergesetzen sich auf die Einkommensteuer berufen zu sollen, und zwar meinte er, der Besitz sei denn doch viel schärfer herangezogen worden, als von unabhängiger Seite zugegeben werde. Es soll nach Kahmann das vorläufige Ergebnis der Einkommensteuerveranlagung für 1920 24 Milliarden Mark betragen; hiervon seien eingegangen 15,8 Mill., und zwar durch Lohnabzug 5,5 Mill., von sonstigen Einkommensteuerpflichtigen 10,3 Mill. Kahmann glaubte nun feststellen zu sollen, daß Lohn- und Gehaltsempfänger nur mit zirka 6 Mill., alle anderen Einkommensteuerpflichtigen aber mit 18 Mill. an dem Aufkommen beteiligt seien. Dieser Schluß ist schon deswegen völlig abwegig, weil das Gesetz über den Lohn- und Gehaltsabzug wohl am 20. März beschlossen, aber erst Ende Juni 1920 in Vollzug gesetzt worden ist. Die 5,5 Mill. sind also die Einkommensteuerleistung aus 6 Monaten, der 10prozentige Lohn- und Gehaltsabzug für das erste volle Steuerjahr 1921 dürfte danach wohl rund 9 Milliarden Mark betragen haben.

Für die Arbeiterklasse ergibt sich aus der Kahmannschen Rechnung noch eine andere wichtige Lehre. Ihre Richtigkeit vorausgesetzt, würde dadurch bewiesen, daß aus dem Jahre 1920 noch eine Einkommensteuerschuld von diversen Milliarden besteht. Diese soll nachträglich eingehen, aber während den ganzen Lohn- und Gehaltsempfängern am Schluß jeder Woche oder jedes Monats 10 Prozent vom Einkommen einbehalten werden, schulden die anderen Einkommensteuerpflichtigen noch Beträge aus den Jahren 1919, 1920 und 1921. Nun ist es aber bei dem dauernden Sinken unserer Papiermark nicht gleichgültig, ob der Einzelne sofort oder erst mehrere Jahre später seine Steuerschuld entrichtet. Dies sei an einem einfachen Beispiel dargelegt:

Nach den Indexziffern der „Frankfurter Zeitung" war die Entwertung der deutschen Mark mit Vorkriegszeit verglichen

im Januar 1920 eine 11fache,
im März 1920 eine 16½fache,
im Dezember 1920 eine 17fache,
im Dezember 1921 eine 33½fache,
im März 1922 eine 49fache,
im April 1922 eine 59fache.

Hieraus ergibt sich im grellsten Lichte die Benachteiligung der Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber den anderen Einkommensteuerpflichtigen. Würde den Lohnempfängern nicht 10 Prozent Steuer vom Arbeitslohn in den Jahren 1920 bis jetzt bei jeder Lohnzahlung sofort abgezogen worden sein, und brauchten sie diese Steuer ebenfalls erst jetzt zu erstatten, dann hätten sie für den gleichen Betrag im Juli 1920 fast das vierfache, im Dezember 1920 fast das dreieinhalbfache, im Dezember 1921 fast das eindreiviertelfache dessen an Waren aller Art kaufen können, wie im Monat April 1922.

Ein Ausgleich wäre nur dadurch möglich, daß man von den Einkommensteuerpflichtigen, die nicht Lohn- und Gehaltsempfänger sind, für die fälligen Einkommensteuerbeträge der zurückliegenden Jahre heute das Doppelte bis Vierfache als Zuschlag erhebt, um sie bei der heute so stark entwerteten Mark in gleich hohem Maße heranzuziehen wie die Lohn- und Gehaltsempfänger. Hinzu kommt noch, daß bei den Letzteren der letzte Pfennig der Steuer unterworfen ist, hingegen die Einkommen der Kapitalisten aller Art mehr oder weniger der Steuer entzogen werden können, was bekanntlich in ausgedehntem Maße geschieht. Die Zustimmung der Rechtssozialisten zum Steuerkompromiß erscheint deshalb durch ihre Bemäntelung des arbeiterfeindlichen Charakters der Einkommensteuer nur noch schlimmer.

Bayerische Justiz

Wären die bayerischen Volksgerichte darauf bedacht, die Justiz des sogenannten Ordnungsstaates in den Augen der ganzen Welt als eine unerhörte hinzustellen, so könnten sie nicht anders „urteilen", als sie es tun. Man kann sich auch keine für die Aufreizung gegen staatliche Einrichtungen geeignetere Personen denken als die bayerischen Richter. So hat das Volksgericht in München den Fürther Fabrikanten Alfred Naumann einstimmig wegen Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er seiner Schwägerin in Böhmen Mitteilung über einen „vermeintlichen Geheimbund der Studenten", über einen Rechtsputsch und einem zur Abwehr zu erwartenden Generalstreik gemacht und sie gebeten haben soll, diese Dinge zur Kenntnis der Ententemission zu bringen.

Als ob der studentische Geheimbund in München nur eine Vermutung wäre! München ist nicht nur der Sitz aller möglichen Geheimbünde, wie der Organisation Consul, sondern von München kamen auch die Mörder Erzbergers und die Mörder Nabokows. Von München laufen die Fäden offen und geheim nach Ungarn, und die Ziele dieser Verbindungen sind auf den Sturz der Republik gerichtet. All diese Dinge sind bekannt. Wenn nun das Münchener Volksgericht dennoch den Fürther Fabrikanten, der diese Dinge seiner Schwägerin erzählte — die Einzelheiten sind nicht bekannt geworden, weil die Gerichtsverhandlung absichtlich hinter geschlossenen Türen geführt worden ist — wegen Landesverrats zu Zuchthaus verurteilt hat, so wollte es damit nicht den „Landesverrat" treffen, sondern nur dokumentieren, daß es in Bayern ungemein gefährlich ist, die Wahrheit über die von den bayerischen Behörden geduldeten und gehätschelten Geheimbünde und Mörderorganisationen zu sagen.

Agrarische Sparsamkeit

Die „Deutsche Tageszeitung" kritisiert die Absicht der preußischen Regierung, in allen Hörsälen der Hochschulen und in allen Klassenzimmern sämtlicher Schulen an leicht sichtbarer Stelle die vom Reichsministerium des Innern herausgegebenen neuen Flaggentafeln auszuhängen, um die neuen Farben populärer zu machen.

Das Agrarierblatt meint, die Maßnahme erfordert mehrere Millionen Mark, und es ruft empört aus, Neudeutschland habe Geld genug, um Millionen zum Fenster hinauswerfen zu können. Es wird der „Deutschen Tageszeitung" nicht unbekannt sein, daß Neudeutschland Milliarden Mark den Agrariern als Liebesgaben an den Hals wirft, damit sie ihre Geldstapel zu Hause noch gewaltig erhöhen können. Wir haben noch nicht vernommen, daß die „Deutsche Tageszeitung" dagegen gedonnert und Sparsamkeit verlangt hat. Nur bei den republikanischen Maßnahmen entdeckt sie ihre Neigung für sparsame Wirtschaft.

Es „soll" gegeben haben

Gewissen nationalistischen Organen paßt es durchaus nicht in den Kram, daß wir nicht ebenfalls in ihre Entrüstungs-Trompete wegen des Attentats auf die beiden Türken stoßen, sondern die Motive der Attentäter und in Verbindung damit die Ausrottung des armenischen Volkes durch Bestien wie Talaat Pascha und Djemal Asmy Bey schilderten. Wir verstehen zwar diesen Schmerz, finden es aber geradezu dummdreist und kindisch, wenn die deutschvolksparteiliche „Zeit" in ihrem Uebereifer schreibt: „Für die „Freiheit" ist die Hauptsache, daß es Armeniergreuel gegeben hat, richtiger, gegeben haben soll."

Wirklich, soll es ein Armeniergreuel gegeben haben? Waren die abgehackten Kinderhände, mit denen nach dem Zeugnis eines an der Bagdadbahn beschäftigten deutschen Ingenieurs die Straße besät war, waren die von den Türken viehisch gemordeten Armenier, waren all die Angaben bulgarischer Konsuln über die türkischen Greuel, waren die Zeugnisse des Dr. Lepzius und des deutschen Rektors Huber nur Phantasieprodukte? War das Entsetzen außerhalb und innerhalb Deutschlands nur deshalb so groß, weil es Armeniergreuel gegeben haben soll! Vielleicht soll es nach der Meinung der „Zeit" den Weltkrieg auch nur gegeben haben, vielleicht soll Löwen nicht zerstört, vielleicht die „Lusitania" nicht versenkt worden sein! Ja, vielleicht sollen in der Redaktion der „Zeit" Rip Van Winkles sitzen, die die Zeit verschlafen haben.

„Unsere" Steuerbehörden

An den preußischen Finanzminister war eine Kleine Anfrage gerichtet worden, die sich auf Mißstände im Finanzamt Frankfurt a. M. bezieht. Darauf hat nun der Finanzminister geantwortet, daß durch mehrfache Revisionen solche Mißstände in der Tat festgestellt worden sind. „Von mir selbst ist festgestellt worden, daß dort noch Einsprüche gegen Landessteuern auch aus dem Steuerjahr 1917 zu erledigen sind. Zur Beseitigung der Mißstände sind von der Reichsfinanzverwaltung sofort durchgreifende Maßnahmen getroffen worden."

Diese Antwort des preußischen Finanzministers über „Mißstände" in dem Frankfurter Finanzamt — in anderen Finanzämtern sieht es ähnlich aus — gibt auch einen Fingerzeig, warum die Finanzämter angeblich nie die erforderliche Zeit finden, um die Besitzsteuern einzuziehen. Und wenn „von der Reichsfinanzverwaltung sofort durchgreifende Maßnahmen" zur Beseitigung der Mißstände angekündigt werden, so können wir uns angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre eines starken Skeptizismus in bezug auf das Ergebnis nicht erwehren. Nur soweit der Steuerabzug vom Lohn und Gehalt in Frage kommt, hat die Reichsfinanzverwaltung „durchgreifende Maßnahmen" getroffen, im übrigen aber den Steuerbetrug durch das Unterlassen „durchgreifender Maßnahmen" begünstigt.

Die Hoheitszeichen des früheren Regimes sollen nun endlich beseitigt werden. Allerdings nicht sofort, denn das wäre einer republikanischen Regierung, wie wir sie haben, unwürdig, aber bis zum 1. Oktober 1922 sollen sie doch aus den Amtsräumen und von den Gebäuden der Reichsbehörden entfernt werden. So wenigstens versichert die Reichsregierung in der Antwort auf eine kleine Anfrage im Reichstag. Ob es auch wirklich geschieht, steht auf einem andern Blatt.

Warum sind die Kristalle schön?

Von Prof. Wilhelm Ostwald (Großbothen i. Sa.)

Daß die Kristalle schön sind, wird von jedermann empfunden. Der Grad ihrer Schönheit ist verschieden; neben entzückenden Wesen, die uns unwillkürlich einen Laut der Bewunderung entlocken und die anzusehen wir nicht müde werden, gibt es andere von bescheidenerer Schönheit und so weiter abwärts bis annähernd zur Gleichgültigkeit. Aber der Nullpunkt des Wohlgefallens wird nie nach unten überschritten: kein Mensch hat je einen häßlichen Kristall gesehen. Häßliche Tiere und Pflanzen gibt es manche, häßliche Menschen leider noch mehr, häßliche Kristalle aber nicht. Woher haben die Kristalle diesen beneidenswerten Vorzug?

Wir erinnern uns weiter, daß die Kristalle, um schön zu sein, keineswegs sich einer allseitigen und vollkommenen Ausbildung zu erfreuen brauchen, die für die Schönheit eines Menschen oder einer Blume eine unbedingte Voraussetzung ist. Auch ganz unvollkommen ausgebildete Kristalle können sehr hohe Schönheitsgrade erreichen. Ich erinnere nur an die Eisblumen, die wir vor einigen Wochen so reichlich zu bewundern Gelegenheit hatten. Sie bestehen bekanntlich aus kristallisiertem Wasser oder Eis. Während wir gelegentlich am Schnee, der bei großer Kälte spärlich fällt, die regelmäßig ausgebildeten sechsstrahligen Sterne des kristallisierten Wassers bewundern können, lassen sich an den Eisblumen diese Formen nur ausnahmsweise erkennen. Schneesterne sind schön, aber Eisblumen sind auch schön.

Die Durchsichtigkeit, der Glanz und die anderen optischen Eigenschaften machen es nicht. Auch ein Blatt reiner Gelatine ist durchsichtig und glänzend; wir finden es aber nicht schön. Es ist vielmehr ausschließlich die Gestalt, auf der die besondere Schönheit der Kristalle beruht. Sie werden schöner, wenn die erwähnten anderen Eigenschaften in besonders ansehnlicher Beschaffenheit dazukommen, aber sie bedürfen ihrer nicht, da ihre Formeigenschaften ihnen bereits den Schönheitspreis sichern.

Aber die Gelatine hat ja auch eine Form, nämlich die eines länglichen Blattes mit den Spuren des Netzes, auf dem sie bei der Herstellung getrocknet worden ist. Warum läßt uns diese Form gleichgültig?

Die Antwort lautet: weil diese Form willkürlich ist. Sie ist aus technischen Gründen gewählt worden, oder vielmehr, sie stellt sich ungerufen als Folge des Herstellungsverfahrens ein. Wir können uns denken, daß künftig eine vervollkommnete Technik sie in Gestalt eines endlosen Bandes liefern wird; auch diese Form würde keinen Schönheitswert haben.

Die Gestalten der Kristalle sind dagegen gesetzlich. Jeder Kristall besteht aus gleichartigen Bausteinen, die im Raume nach ganz bestimmten Gesetzen geordnet sind. Diese Gesetze betätigen sich ebenso an dem vollkommen ausgebildeten Kristall, wie an den freieren Formen, wie sie sich u. a. in den Eisblumen zeigen. Die gesetzliche Ordnung dieser Bausteine ist die Quelle ihrer Schönheit. Wir wissen ja, daß auch Ziegel, Dachpfannen, Kugeln, Granaten, kurz alle Dinge einfache Schönheitswerte gewinnen, wenn man eine große Anzahl gleichgestalteter Stücke in einer bestimmten Ordnung, d. h. nach einem Gesetz, aufschichtet. Die Kristalle sind nun so beschaffen, daß ihre Bausteine sich überhaupt nicht anders als nach den ihnen anhaftenden Gesetzen ordnen können. Sie liefern daher immer und notwendig gesetzlich geordnete Gruppen. Und darum sind sie immer schön. Auch die scheinbar unregelmäßigen Formen der Eisblumen sind durch dieselben Gesetze gebildet, welche die Schneesterne gestalten. Nur haben sich hier gleichzeitig andere Gesetze betätigt, die in der Oberfläche des Glases walten und daher rührt die Mannigfaltigkeit der Formen.

Ueberblickt man diesen Gedankengang nochmals, so wird man auf einen sehr bemerkenswerten Schluß von so großer Allgemeinheit geführt, daß man zögert, ihn auszusprechen. Nämlich auf die Gleichung: Gesetzlichkeit = Schönheit. Darf man wirklich allgemein sagen, daß alle gesetzlichen Formen auch schön sind?

Die Antwort lautet: Ja. Alle gesetzlichen Formen sind schön.

Es sei sofort bemerkt, daß der Satz sich nicht umkehren läßt. Die Formgesetzlichkeit ist nicht die einzige Quelle der Schönheit; es gibt noch eine zweite. In jedem einzelnen Falle hat man deshalb zu prüfen, aus welcher von beiden die Schönheit eines bestimmten Dinges stammt. Meist aus beiden; doch läßt sich das Reich des formal Schönen, das nur durch das Gesetz bedingt wird, reinlich abtrennen und für sich untersuchen.

So habe ich beispielsweise die Formen untersucht, welche sich nach ähnlichen, aber allgemeineren Gesetzen, wie sie den Aufbau der Kristalle regeln, mittels gesetzlicher „Netze" in der Ebene bilden können. Viele Hunderte solcher Formen habe ich nach den Gesetzen der Kombinatorik erzeugt oder vielmehr erstehen lassen. Sie waren alle schön, ohne Ausnahme. Nur die einfachsten unter ihnen waren bisher bekannt; nun stehen der Schmuckkunst (Ornamentik) unzählig neue Formen zur Verfügung. In einem soeben erschienenen Werke, Die Harmonie der Formen, habe ich die allgemeine Lehre von den gesetzlichen Formen entwickelt; in einem Tafelwerk, Die Welt der Formen, das soeben zu erscheinen beginnt (beide im Verlag Unesma, Leipzig), habe ich begonnen, diese Formen der Allgemeinheit mitzuteilen und zur Anwendung zu übergeben.

Das ist es also, was uns der Kristall in seiner Schönheit lehrt. Es ist aber noch nicht alles. Im polarisierten Licht erglänzen die Kristalle in reichen Farben, die gleichfalls von jedem, der sie sieht, wunderschön gefunden werden. Warum? Weil auch sie gesetzlich sind. So ist es nicht nur die Harmonie der Formen, sondern auch die der Farben, über die wir uns vom Kristall belehren lassen können.

Das notleidende deutsche Buch

Es können sich heute in Deutschland nur Wohlhabende Bücher kaufen, von denen, das nebenbei bemerkt, mehr denn die Hälfte ein größeres Verlangen nach einer Bar, denn nach einem Buch haben. Das deutsche Buch ist ein Luxusartikel geworden und leidet Not, und mit ihm leidet der deutsche Leser not. Notleidende müssen unterstützt werden. Wie kann dem notleidenden deutschen Buch und Leser geholfen werden?

Ein paar Hilfsmittel zur Linderung der Not des deutschen Buches seien hier zur Diskussion gestellt. Einmal: Es gibt genügend Besitzer großer Bibliotheken, die Duplikate entbehren und Bücher, die sie nicht besonders beachten, aussondern können. Das Gleiche gilt für die Bibliotheken der Herrschaften, die einst regierenderweise auf Thronen und Thrönchen saßen. Diese Bücher müßten von Staats wegen an einer Zentralstelle gesammelt und meinetwegen im Kultusministerium katalogisiert und zu kleinen Bibliotheken zusammengestellt werden. Damit nun aber möglichst weite Kreise einen Vorteil von diesen Büchern haben, soll man sie als Wanderbücherei einrichten, auf die Reise schicken — der Eisenbahnminister gewährt diesen armen Reisenden hoffentlich freie Fahrt — und sie dann in Dorf und Stadt kostenlos verleihen.

P.S.K.

Eins der überflüssigen, ja geradezu gemeingefährlichen Ueberbleibsel aus der preußischen Zopfzeit, die unsere — mit Respekt zu sagen — „Revolution" von 1918/19 auf den Kehrichthaufen zu werfen verabsäumt hat, ist das sogenannte Provinzial-Schul-„Kollegium". Wer da meint, ohne dieses ehrwürdige Möbel sei in der heutigen „Republik" nicht auszukommen, der könnte mit dem gleichen Recht die Wiedereinführung des Tabak-„Kollegiums" glorreichen Angedenkens fordern.

Was es mit dem PSK. auf sich hat, das sieht man am besten, wenn man verfolgt, was alles herhalten muß, wenn es gilt, sozialistischen Lehrern etwas am Zeuge zu flicken und andererseits reaktionären Lehrkräften jegliches Ungemach vom Halse zu halten. Exminister Hänisch, dessen Schwächlichkeit schließlich seinen eigenen Parteigenossen auf die Nerven fiel, hat so lange fünf gerade sein lassen, bis er nunmehr — unter Boelitz — sehen muß, wie solche Lehrer, die sich „nur" zur SPD. bekennen, unter der provinzial-schul-„kollegialen" Knute zu leiden haben. 75 Prozent sozialistischer Rektoren sind nicht bestätigt worden! Man braucht ferner nur die Namen Kawerau und Witte zu nennen, und alle Welt ist im Bilde. Dadurch, daß hier und da ein Konzessions-Sozialiste bestätigt wurde, darf sich niemand verblüffen lassen. Der Trick ist ja zu durchsichtig.

Jetzt soll wohl der Vogel abgeschossen werden, und zwar im Falle des Studienrates Dr. Hisserich, Mitglied der SPD. Es verlohnt sich, dieser eigenartigen Geschichte ein Stückchen nachzugehen:

Hisserichs Direktor, namens Matzdorff, ist ein erbitterter Feind der Republik und ein verbissener Sozialistenfresser. Da Gen. Hisserich Direktor werden sollte, zog Matzdorff und zog das PSK. alle Register, um dieses nationale Unglück zu verhüten. Der ehemalige Prinzenerzieher und jetzige Oberschulrat Sachse mußte die Hefte, die Hisserich den Schülern bereits korrigiert hatte, neun Monate lang „nachkorrigieren". Und (man denke!) es stellte sich heraus, daß Hisserich hier und da einmal einen Fehler übersehen hat, was bekanntlich jedem Lehrer und jeder Lehrerin gelegentlich passiert. Aber vor Jahren ist Hisserich sogar ein paarmal nur einige Minuten „zu spät gekommen", womit seine Unfähigkeit zum Direktorat nach Ansicht des PSK. nun schon gar keinem Zweifel mehr unterliegt. . . .

Ganz abgesehen davon, daß es dem Ansehen eines Lehrers durchaus schädlich sein muß, wenn die vorgesetzte Behörde die von ihm korrigierten Arbeiten „nachkorrigieren" läßt und die Hefte in diesem Zustand den Schülern in die Hand gibt, wirkt es geradezu lächerlich, wenn man sieht, was alles angestellt wurde, um den Sozialisten nicht hochkommen zu lassen. Im Französischen hatte er den Schülern z. B. mit Bezug auf Interpunktion diejenige Freiheit gelassen, die selbst das französische Kultusministerium seit 20 Jahren duldet! Das wurde ihm „angestrichen"! Noch grauenhafter ist das Bild, das sich bietet, wenn man sieht, welche „Nachkorrekturen" Herr Sachse sich an den deutschen Aufsätzen gestattet, zumal wo dem im Hohenzollernsumpf stecken gebliebenen Prinzenerzieher die freiheitliche Auffassung der Gymnasiasten nicht in seinen Kram und Schädel paßt. Wie kann es ein 16jähriger Jüngling auch wagen, ohne getadelt zu werden, das Wort niederzuschreiben: „Huß wollte lieber den Feuertod sterben, als von seiner Ueberzeugung lassen!"

Wenn man bedenkt, daß die begabten Kinder des Proletariats in die Hände solcher Nachrichter „aufsteigen" sollen, dann läuft's einem heiß und kalt über dem Rücken. Aber: Hisserich ist eben Sozialist, und darum hat jeder „Grund" gut genug zu sein, ihn abzuwürgen. Oder sollte vielleicht der Umstand gegen ihn sprechen, daß er, um vom Französischen mehr zu kennen als die Herren Sachse und Genossen, mehrere Jahre in Frankreich selbst an Staatsschulen tätig war?

Und zum Schluß eine letzte neugierige Frage an Dr. Boelitz: Werden im Provinzial-Schul-Kollegium nur Sozialisten und Kommunisten nach ihrer Parteizugehörigkeit befragt oder auch Herren aus Ihrer eigenen Partei, Herr Kultusminister?

Die Lebensmittel als Spekulationsobjekte

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird ein Rückblick auf die Wirtschaftswoche geworfen. Es heißt da, die Börse leide an der Steuerkrankheit, die Hälfte der Spekulationsgewinne würden weggesteuert, und deshalb hätte sich vieles Geld den Warenmärkten zugewandt. Dann wird wörtlich ausgeführt:

„Ebenso wie das Wertpapiergeschäft im Hochsommer 1921 ganz den Charakter eines Kettenhandels annahm, wobei jeder Käufer höhere Preise gab und das Kursniveau sprunghaft in die Höhe ging, so ist es jetzt mit Waren und Fabrikaten der allerverschiedensten Herkunft: Holz, Zucker, sonstige Lebensmittel, Textilstoffe, Fahrräder, Schreibmaschinen usw. wechselten in rascher Folge ihre Besitzer bei kletternden Preisen."

Die Gegenstände des täglichen Bedarfs sind also in der vielgerühmten freien Wirtschaft für die Kapitalisten weiter nichts als Spekulationsobjekte, die von einer Hand in die andere gehen und ihre zahlreichen Besitzer bereichern müssen. Daher wollen die Kapitalisten auch nichts von einer Sozialisierung wissen, die diesem Kettenhandel in erster Linie ein Ende bereiten würde.

„Erfolge" der Siedlung

Die Aufteilung des Großgrundbesitzes ist von der USPD. stets als ein Rückschritt bezeichnet worden. Neuerdings zeigt sich, daß durch die Siedlungstätigkeit das Ernährungselend noch verschärft wird. Die „Deutsche Tageszeitung" beschäftigt sich mit dem Artikel eines ostdeutschen Blattes, der das „gemeinnützige Siedlungsunternehmen Eigene Scholle" kritisiert. Es heißt darin:

„Auf der e[illegible] Seite im alten Gutshaus ein reicher Großindustrieller, auf der anderen Seite arme, um ihre Existenz ringende Siedler! Und der erwünschte Erfolg für die Allgemeinheit, für das unter Nahrungsmittelnot seufzende deutsche Vaterland? In dürren Worten: Vor der Siedlung ein moderner, mit allen Mitteln bewirtschafteter Großbe[illegible] der große Mengen von Nahrungsmitteln ablieferte. Jetzt: ein Häuschen von Siedlern, die vorläufig noch nichts geben können, eine Gemeinde, die fast zur Bedarfsgemeinde des Kreises geworden ist. Und dies in Zeiten, in denen jedes Korn Getreide, jeder Morgen Land [illegible] wichtig sind."

Solche Feststellungen sind auch in anderen Siedlungsgebieten gemacht worden. Das ist der „Erfolg" einer Politik, für die mit besonderem Eifer die Rechtssozialisten eingetreten sind.

Was wird mit der Kartoffelbewirtschaftung

Die völlige Freigabe der Kartoffelwirtschaft hat alle schlimmen Befürchtungen hinsichtlich der wucherischsten Preistreiberei übertroffen. Jetzt werden für 1 Pfund Kartoffeln teilweise Beträge verlangt, für die man in Friedenszeiten mehrere Zentner bekommen konnte. Sogar die Ernährungsminister einzelner Länder sehen sich gezwungen, die Hermessche „Kartoffelversorgung" einer Nachprüfung zu unterziehen. Heute findet hier in Berlin eine Konferenz der Ernährungsminister statt, die sich vor allem mit der Frage der Kartoffelbewirtschaftung für das Jahr 1922 befassen soll. Darüber sind die agrarischen Nimmersatte bereits aus dem Häuschen geraten. Besonders aus Bayern wird über „starke Beunruhigung" der Agrarier berichtet. Ob angesichts ihres Widerstandes eine öffentliche Kartoffelbewirtschaftung zustande kommen wird, ist noch sehr zweifelhaft. Die Agrarier haben Herrn Hermes unter ihre Fuchtel gezwungen. Warum sollte es ihnen nicht auch gelingen, die Einsichtigeren unter den Ernährungsministern der Länder mattzusetzen?

Der Fall Kähne

Ist das alles?

Auf mehrere von Sozialdemokraten und Unabhängigen gestellte Kleine Anfragen gibt, wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, Minister Severing folgende Antwort:

„Der den Anfragen zugrunde liegende Tatbestand wird im strafprozessualen Verfahren geklärt. Weder der Rittergutsbesitzer Karl von Kähne noch sein Sohn gleichen Namens sind im Besitze eines Waffenscheins. Der Sohn ist Inhaber eines gültigen Jahresjagdscheins. Dieser ist ihm abgenommen worden; seine Einziehung ist in die Wege geleitet. Da der Vater von Kähne eine Waffe geführt hat, ohne im Besitze eines gültigen Waffenscheins zu sein, ist ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden.

Die bei Vater und Sohn von Kähne sowie die bei dem Inspektor Hellweg des von Kähneschen Gutes in Petzow gefundenen Waffen sind aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorläufig in staatliche Verwahrung genommen worden. Maßnahmen der Fürsorgerziehung kommen nicht in Frage; minderjährige Kinder sind in der Familie nicht vorhanden. Zur Unterbringung eines Angehörigen der Familie von Kähne in eine Anstalt für Geisteskranke fehlt es an den gesetzlichen Voraussetzungen".

Der „Vorwärts" und die Wahrheit

In seiner heutigen Morgenausgabe bringt der „Vorwärts" eine Notiz „Der Wahrheit die Ehre", die mit folgendem Satze beginnt: „Die ‚Freiheit' versichert in ihrer gestrigen Abendausgabe, daß ihr ein Kommunist lieber ist, als ein Rechtssozialist!" Daran knüpft das Blatt dann polemische Ausfälle auf die neue „Freiheit"-Redaktion, den Genossen Dittmann persönlich und das Zusammengehen der USP. mit der KPD. bei der heutigen Demonstration. Ohne uns in eine Polemik einzulassen, wiederholen wir lediglich den Satz, den wir wirklich geschrieben haben; er lautet: „Nun, als Klassenkämpfer ist uns mancher Kommunist lieber als mancher Rechtssozialist". Die Fälschung, die der „Vorwärts" in diesem Satz vorgenommen hat, springt so in die Augen, daß jeder weitere Kommentar unnötig ist.

Die Reparationskommission prüft

Die Agence Havas meldet: Im Laufe des Tages erteilte Poincaré dem ersten Delegierten Frankreichs bei der Reparationskommission, Louis Dubois, Weisungen, um die Kommission offiziell von dem Bestehen des deutsch-russischen Vertrages in Kenntnis zu setzen und daraus die Folgerungen zu ziehen, die die Lage erfordert. Ferner hat der Ministerpräsident alle alliierten Regierungen ersucht, sich der französischen Regierung anzuschließen, um das deutsch-russische Abkommen der Botschafterkonferenz vorzulegen.

Dieses doppelte Vorgehen ist, so heißt es in der Havas-Meldung weiter, erklärlich, denn die Reparationskommission ist beauftragt, über die Ausführung der Verpflichtungen Deutschlands in bezug auf die Reparationen zu wachen. Die Bestimmungen des Vertrages von Rapollo bringen die Gefahr mit sich, die Reparationskommission eines Teiles ihrer Hilfsmittel zu berauben, über die sie auf Grund des Vertrages von Versailles verfügen könnte. Die Kommission wird sich daher mit dieser neuen Tatsache beschäftigen. Außerdem kann das deutsch-russische Abkommen anderen Bestimmungen des Vertrages von Versailles Abbruch tun, die einen mehr politischen Charakter haben, und es ist Sache der Botschafterkonferenz, offiziell die Verpflichtungen allgemeiner Art gegenüber dem Vertrag von Versailles festzustellen.

Trotzki fürchtet einen Angriff in Georgien

(Intel.) Moskau, 19. April.

Trotzki weist in einem Armeebefehl darauf hin, daß Barthou, die Mitglieder der Regierung Shordanias, der früheren georgischen Regierung, die Trotzki die „Agenten Frankreichs" in Georgien nennt, zur Konferenz von Genua einladen wollte. Das sei ein Beweis dafür, daß besonders die französischen Kapitalisten auf jede Art und Weise versuchten, sich einen Weg zu den Naturschätzen Westkaukasiens und vor allem zu den Naphthaquellen von Baku zu bahnen. Frühere Erfahrungen hätten gelehrt, daß auf internationale Uebereinkommen und diplomatische Aktionen europäischer Staatsmänner meist bewaffnete Ueberfälle von seiten Wrangels oder anderer Söldner des internationalen Kapitals zu erfolgen pflegten.

Die Bolschewiki pflegen jede Woche in einer anderen Gegend einen Angriff anzukündigen, um den militärischen Geist in der roten Armee zu stärken. Besonders die Annektion Georgiens veranlaßt sie zu immer neuen Mitteilungen über angebliche Bedrohungen der Naphthaquellen von Baku, um ihre Gewaltherrschaft in Georgien zu rechtfertigen. Sie würden möglichen Angriffen der Gegenrevolution besser begegnen, wenn sie die nichtkommunistischen Klassenkämpfer Georgiens aus ihren Kerkern ließen, damit sie in freien Sowjetwahlen das Schicksal ihres Landes bestimmen könnten.

Freigabe des Wertsachen- und Valutabesitzes in Sowjetrußland

OE. Moskau, 19. April.

Die Sowjetregierung hat, in Abänderung der bisherigen Bestimmungen, den Besitz an Gold und anderen Edelmetallen in Münzen, Barren und Wertsachen, an Juwelen und fremden Geldsorten freigegeben. Auch das Verfügungsrecht über diese Werte wird freigegeben, mit Ausnahme von Münzen und fremden Devisen, für welche die Staatsbank ihr Einkaufsmonopol beibehält. Die Ausfuhr von Wertsachen und Valuta nach dem Auslande ist nur im Werte von nicht über 50 Goldrubel pro Person für Ausreisende frei, sonst bedarf sie einer besonderen Genehmigung des Finanzkommissariats. Gleichzeitig sind der Staatsbank Depositen-Operationen in Münzen und fremden Valuten gestattet; während die Einlagen in der ursprünglichen Form zurückgezahlt werden können, dürfen die Zinsen von der Bank nur in russischer Papierwährung ausgezahlt werden. Dagegen können Geldüberweisungen aus dem Auslande noch immer nur in Papiergeld nach dem Kurse der Staatsbank ausgezahlt werden.

Ein zweites: So manche, die eine Bibliothek besitzen, müssen sie der Not der Zeit opfern und verkaufen. Der Antiquar, der kauft, zahlt im allgemeinen Schandpreise und verkauft um das Drei- und Fünffache die erstandene Ware. Auch hier kann der Staat eingreifen, indem er erklärt: Wer Bücher verkaufen will, sage es mir, sende die Titel seiner Bücher und die geforderten Preise, und ich, der Staat, werde sie erwerben und der Allgemeinheit nutzbar machen. (Auf welchem Wege, siehe oben.)

Und drittens und letztens: Jeder Verlagsbuchhändler ist bekanntlich verpflichtet, von jedem neuen Werk, das er herausbringt, ein Exemplar kostenlos der Staatsbibliothek zur Verfügung zu stellen. Es wird gewiß nicht sein Ruin sein, wenn der Stat ihm zur Bedingung setzt, ein Exemplar bekomme ich außerdem noch für meine Wanderbücherei.

Alle diese Vorschläge sind gewiß nur kleine Hilfsmittel, und doch können sie unter Umständen vielen förderlich sein und große Leiden heilen. K. F.

Ein amerikanisches Riesenkrankenhaus. Amerika ist das Land der „unbegrenzten Möglichkeiten" auch auf dem Gebiete der medizinischen Organisation und der Krankenhausbauten. Hochinteressante Erfahrungen in dieser Hinsicht hat aus neuester Zeit Dr. Hans Holfelder gesammelt, der vor kurzem eine wissenschaftliche Studienreise durch die Vereinigten Staaten gemacht hat und in einem Aufsatz der „Klinischen Wochenschrift" darüber berichtet. Als das Typischste für die amerikanische Art, bei guter Arbeitsqualität eine riesenhafte Massenarbeit zu leisten, und zugleich als das Großartigste an medizinischer Organisation erscheint ihm die Mayo-Klinik zu Rochester in Minnesota. Die Entstehung dieses Riesenkrankenhauses ist recht romantisch. Vor etwa 70 Jahren wurde ein Städtchen von kaum 6000 Einwohnern durch Feuersbrunst zerstört. Zufällig reist ein junger Arzt durch die Gegend, leistet den Verunglückten in ununterbrochener Selbstaufopferung ärztliche Hilfe und die ebenfalls zur Hilfe herbeigeeilten katholischen Schwestern bieten ihm an, ein Krankenhaus für ihn zu erbauen, falls er dableiben wolle. Mit den Fortschritten der Chirurgie wachsen die ärztlichen Fähigkeiten des Dr. Mayo und machen ihn zum berühmten Chirurgen. Nach seinem Tode führen seine beiden Söhne das Werk fort, und jetzt umfaßt die Mayo-Klinik, deren Name in allen Erdteilen bekannt ist, über 2500 Betten. Die Kranken, die viele Tagereisen weit aus allen Teilen Amerikas dorthin kommen, steigen zunächst in Hotels ab und machen die sogenannte Thoroughexamination, d. h. die „Durch-und-Durchuntersuchung" durch. Dazu dient das sogenannte Untersuchungshaus. Eine Vorhalle mit 600 Klubsesseln nimmt die Patienten auf, und 100 Assistenten nehmen an ihnen bestimmte Untersuchungen vor. Die Patienten durchlaufen in mehreren Tagen die einzelnen Stationen; alles, was ärztliche Diagnostik an brauchbaren Untersuchungsmethoden ausgearbeitet hat, wird hier in die Praxis umgesetzt. Für jede Methode ist ein Spezialist da.

Sind alle Untersuchungen fertig, dann studiert einer der Abteilungschefs die sehr gründlichen Untersuchungsbefunde und kommt dann zur endgültigen Diagnose und Angaben für die Heilung. Nun erst wird der Kranke in einem der gleichfalls spezialistischen Hospitäler aufgenommen, und die Behandlung erfolgt hier von anderen Spezialisten, deren ebenfalls 100 tätig sind. Den Brennpunkt bildet St. Marys-Hospital, jenes Krankenhaus, das einst für den Vater Mayo erbaut wurde. Hier spielt sich in fünf Operationsräumen die Chirurgie der großen Körperhöhlen ab; die beiden Brüder Charles und William Mayo operieren von früh bis spät. Eine große Zahl von Aerzten aus allen Weltteilen wartet stets, um auf ein Glockenzeichen in einen der Operationssäle zu treten und die beiden berühmten Chirurgen arbeiten zu sehen. Bevor die Operation beginnt, berichtet der erste Assistent die wichtigsten Daten der Krankengeschichte und des Untersuchungsbefundes. Dann wird die Diagnose festgelegt und im nächsten Augenblick durch den Augenschein bestätigt. So wird in der objektivsten wissenschaftlichen Weise mit einem riesigen Material von Kranken gearbeitet. Die jährlichen Berichte der Mayo-Klinik, die die wissenschaftlichen Beobachtungen enthalten, genießen ein großes Ansehen und haben dazu geführt, daß der Standpunkt der Mayo-Klinik in allen schwebenden medizinischen Fragen Amerikas von ausschlaggebender Bedeutung ist. Auch auf die deutsche Medizin sind die Arbeiten dieses Riesenkrankenhauses nicht ohne Rückwirkung geblieben.

Tages-Notizen.

Berliner Volks-Chor. In den Aufführungen Matthäus-Passion von Bach, die der Volks-Chor unter Ernst Zander am 24. und 26. April in der Garnisonkirche veranstaltet, wirken mit: Martha Thanner-Offer, Paula Werner-Jensen, Paul Bauer, Werner Engel, Alfred Göbel, Joh. Rohrbach und das Blüthner-Orchester. Sämtliche Einlaßkarten vergriffen.

Klavierhilfe für die Hungernden in Rußland. Hermann Scholler, der von einer längeren Studienreise aus Rußland zurückgekehrt ist, spricht über „Die Krise der Intelligenz und die östliche Welle" Donnerstag, 20. April (1. Teil) und Donnerstag, den 27. April (2. Teil) im Grünen Saal, Köthener Str. 38. — Jeder Vortrag mit Lichtbildern ist in sich abgeschlossen. — Karten des Abend 10, 20, 30 Mark; für beide Abende 18, 30, 50 Mark bei Bote & Bock, N. Wertheim und Abendkasse.

Große Volksoper. Kammersänger Fritz Vogelstrom wurde für die nächste Spielzeit im Theater des Westens als außerordentliches Mitglied verpflichtet.

Volksbühne. Der Vortragsabend Friedrich Kayßler am 21. April muß ausfallen. Am 22. April liest Elsa Bayer im Rathaussaal aus den Werken von Arno Holz. Einzeln 1,50 Mk.

Neue Erhöhung der städtischen Tarife

Der Magistrat hat am gestrigen Mittwoch sich mit der neuen Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt, die durch die Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter notwendig werden. Die Lohnzulage veranlaßte den Magistrat mit starker Mehrheit sich für eine neue erhebliche Heraufschraubung der städtischen Tarife einzusetzen. Es soll vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten bei der Lieferung von elektrischem Strom zu Brennzwecken die Kilowattstunde auf 7,30 Mark, der Preis für ein Kubikmeter Wasser auf 2,50 Mark, der Preis für Leucht- und Kochgas auf 4,50 Mark und der Preis für eine Straßenbahnfahrt auf 4 Mark heraufgesetzt werden. Im Magistrat ist man der Ansicht, daß entsprechend den noch zu erwartenden Lohn- und Materialsteigerungen auch der Preis für die städtischen Lieferungen sich in gleitender Weise bewegen müsse, und daß, da letzten Endes alle städtischen Erzeugnisse vom Kohlenpreis abhängig sind, die gesamten städtischen Werke in ihren Lieferungsverträgen eine Klausel vorsehen, die für die Abnehmer elektrischen Kraftstromes seit langem besteht. Bei der Festsetzung der neuen Tarife ging man von der Berechnung aus, daß die Materialpreise gegenüber dem Friedensstand um das 60—70fache, die Löhne um das 28—30fache gestiegen sind. Die Straßenbahn hat durch die neuen Löhne eine jährliche Mehrausgabe von 150 Millionen, durch Mehraufwendungen für Materialbeschaffung eine solche von 60 Millionen und obwohl man sich darüber klar war, daß gerade die Heraufsetzung der Fahrpreise die gesamte Bevölkerung Berlins in schwerer Weise treffe, glaubte man doch, eine neue Belastung dieses Unternehmens nicht umgehen zu können. Ob die vom Magistrat geplanten Erhöhungen von der Stadtverordnetenversammlung unverkürzt angenommen werden, ist allerdings abzuwarten.

In einem dringlichen Antrage des Magistrats an die heute tagende Stadtverordnetenversammlung schlägt dieser die Anerkennung des Schiedsspruches für die städtischen Arbeiter vor, verkoppelt aber die Zustimmung zum Schiedsspruch mit der Zustimmung zu der geplanten Erhöhung der städtischen Werkstarife.

Der Magistrat sucht also durch diese Zusammenkoppelung auf die Entscheidung der Stadtverordneten einen Druck auszuüben, denn die Anerkennung des Schiedsspruches muß bis zum 27. d. Mts. beim Reichsarbeitsministerium erfolgt sein.

In seiner heutigen Morgenausgabe schließt der „Vorwärts" seine Notiz über die drohenden Tariferhöhungen mit der lapidaren Wendung ab, daß sich die Bevölkerung die Benutzung der Straßenbahn sowie den Verbrauch von Gas usw. schließlich ganz abgewöhnen müsse, wenn es so weiter gehen sollte. Demgegenüber weisen wir auf die bemerkenswerte Tatsache hin, daß sich im Magistrat die Rechtssozialisten zusammen mit Bürgerlichen auf dessen Seite stellten und erst dadurch eine Mehrheit für die Magistratsvorlage zustande brachten.

Eröffnung von Aufbau- und Uebergangsklassen in Neukölln

Im künftigen Schuljahr werden einige bedeutungsvolle Veränderungen in dem höheren Schulleben unseres Bezirks stattfinden. Das Kaiser-Friedrich-Realgymnasium wird mit ministerieller Genehmigung in ein Reform-Realgymnasium, das mit Englisch beginnt, umgewandelt werden. Ferner wird gleich nach Ostern an dem Kaiser-Friedrich-Realgymnasium eine Aufbauklasse nach dem Typus der Deutschen Oberschule eingerichtet werden. Für diese Aufbauklasse haben sich bereits jetzt etwa 120 Gemeindeschüler im Alter von 13—14 Jahren gemeldet. Durch eine Aufnahmeprüfung werden die Geeignetsten ausgesucht werden müssen. Außerdem wird am Lyzeum II mit Genehmigung des Provinzial-Schulkollegiums eine Uebergangsklasse aus Gemeindeschulmädchen des 13. bis 14. Lebensjahres geschaffen werden, die etwa der Tertia einer Aufbauschule entspricht. Während in der Aufbauklasse für Knaben mit Englisch begonnen wird, wird in der Uebergangsklasse für Mädchen mit Französisch begonnen werden. Auch hier liegen bereits etwa 100 Anmeldungen vor und auch hier wird durch eine Aufnahmeprüfung eine Auswahl getroffen werden müssen. Diese Mädchen-Uebergangsklassen werden entweder in 2—3 Jahren der Sekunda unserer Studienanstalt i. E. des Oberrealschultyps angegliedert werden, oder sie werden ähnlich wie die Knabenanstalt als selbständige Aufbauklassen weitergeführt. Die Eltern, deren Kinder durch die Gemeindeschulen vorgeschlagen worden sind, werden von der Verwaltung demnächst eine Aufforderung zur Aufnahmeprüfung bekommen. Weitere Meldungen können durch die Schulen noch an die Schulverwaltung geleitet werden. Es kommen für die Aufbau- und Uebergangsklassen selbstverständlich nur Knaben und Mädchen in Frage, die ausreichende Begabung haben, von normaler Gesundheit sind und bei denen die Eltern die Absicht haben, die Kinder bis zur Erreichung des Schulzieles die Schule besuchen zu lassen.

Wohin wendet man sich bei Gasgefahr?

Im Falle von Gasgefahr, Gasausströmungen, Explosionen usw. beachte man folgendes:

An gewöhnlichen Wochentagen werden alle solche Meldungen in der Zeit von 8 bis 8 Uhr von jeder Gas-Revier-Inspektion angenommen. Ist eine Revier-Inspektion nicht erreichbar, so genügt während der Bureauzeit von 8 bis 3 Uhr ein Anruf Zentrum Nr. 10 520—26 (Verwaltungsgebäude der Gaswerke, Neue Friedrichstraße Nr. 109) bzw. nach 3 Uhr nachmittags der Anruf Königstadt 242 (Zentral-Magazin der Gaswerke, Stralauer Platz 33). Nach 8 Uhr abends und des Nachts ist stets Königstadt 242 anzurufen.

An Sonn- und Feiertagen ist stets, sei es bei Tage oder nachts, das Zentralmagazin, Stralauer Platz 33 (Telefon Königstadt 242), zur Entgegennahme derartiger Meldungen bereit, außerdem kann aber an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends bei Gasgefahr die Wache im Verwaltungsgebäude der Gaswerke, Stralauer Straße 57/58 (Telefon Zentrum 10 520—26), angerufen werden.

Auf keinen Fall versäume man aber, die Polizei herbeizurufen.

Die städtische Volksspeisung. Nach einem Beschlusse des Magistrats vom Januar d. J. sollte die städtische Volksspeisung bis zum 30. April d. J. aufgehoben werden. Dieser Beschluß gelangt nicht zur Ausführung. Der Magistrat hat vielmehr in erneuter Beratung dahin entschieden, daß in Anbetracht der noch immer außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage, von der namentlich die minderbemittelten Bevölkerungskreise sehr hart betroffen werden, die Volksspeisung noch weiterhin bestehen bleibt. Er hat sich aber genötigt gesehen, eine Erhöhung des Preises um 1 Mark für die Portion Essen eintreten zu lassen. Es kostet demnach vom 1. Mai 1922 ab: eine ganze Portion 5 Mark, eine halbe Portion 2,50 Mark. Minderbemittelte sowie bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene können das Essen zum Preise von 2,50 Mark für die ganze Portion, [illegible] für die halbe Portion gegen die eingeführte Ausweiskarte zur Erlangung verbilligten Essens beziehen. Die Ausweiskarten zur Erlangung verbilligten Essens werden von den Wohlfahrtsverwaltungen ausgegeben.

Die Quäkerspeisung in Neukölln ist jetzt im Hinblick auf die gegenwärtig in der Bildung begriffene Neuorganisation als Schulspeisung auf kurze Zeit eingestellt worden. Ihre Wiederaufnahme als solche erfolgt voraussichtlich Anfang Mai d. J. Ob und inwieweit erwachsene Personen weiterhin an der Speisung beteiligt werden können, unterliegt zurzeit der Prüfung bei den maßgebenden Stellen. Die von seiten der Quäker in Aussicht gestellte weitere Belieferung mit Lebensmitteln läßt den Schluß zu, daß eine Fortführung der Speisung bis zum 1. Oktober d. J. auf alle Fälle sichergestellt ist.

Ausstellung von Erfindungen in Berlin. Die Deutsche Erfinder-Schutz-Union e. V. (DESU), Sitz Berlin, veranstaltet vom 26. bis 28. Mai 1922 in Berlin eine Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten, deren Beschickung jedermann freisteht. Als Ausstellungslokal wurde das Haus der Gesellschaft der Freunde gewonnen. Die Lage des am Potsdamer Platz gelegenen Ausstellungslokales verspricht glänzenden Besuch. Daß Ausstellungen in Berlin sich stets großen Zuspruchs erfreuen, beweisen die Veranstaltungen des vergangenen Jahres. Die Ausstellungsbedingungen können gegen Freiumschlag vom Büro, Berlin S. 61, Planufer 61, bezogen werden. Erfindern und Fabrikanten, die ihre Neuheiten ausstellen wollen, ist baldige Anmeldung anzuraten, da zahlreiche Anmeldungen bereits vorliegen. Unbemittelte Erfinder erhalten auf Antrag Ermäßigung. Der Anmeldeschluß ist auf den 5. Mai festgesetzt.

Museumsführungen der Volkshochschule Groß-Berlin. In der Frühjahrsperiode (April/Juni) finden wiederum eine Reihe von Museumsführungen im Rahmen der Veranstaltungen der Volkshochschule Groß-Berlin statt. Prof. Dr. F. Schottmüller, Kustodin an den Staatl. Museen, wird in 4mal 1½ Stunden die italienische Renaissance-Periode, Dr. Volbach in drei mal 1½ Stunden, an die sich fünf Führungen anschließen, die Kunst der Neuzeit behandeln. Eine Einführung in die Geschichte des Kunstgewerbes in Gestalt von sechs Führungen im Schloßmuseum gibt Dr. Klar. In der Nationalgalerie und im Kronprinzenpalais demonstriert Dr. Behne die Kunst des 19. Jahrhunderts. Von den Nazarenern über die Romantiker, Historienmaler usw. bis zur jüngsten Entwicklung, die durch Namen wie Franz Marc, Macke und so fort charakterisiert ist. Alles nähere ergibt der große Arbeitsplan, der ebenso wie die Teilnehmerkarten in den bekannten Verkaufsstellen, sowie in der Geschäftsstelle, NW. 7, Georgenstr. 34/36, erhältlich ist. (Dienststunden von 8—4, Freitag 8—6, Sonnabend 8—2 Uhr.)

Gewerkschaftliches

Schiedsspruch für die städtischen Arbeiter

Urabstimmung in den Betrieben. — Gegen die „Technische Nothilfe".

Die Funktionäre des Tarif-Kartells für die Gemeindebetriebe befaßten sich am gestrigen Mittwoch mit dem für die städtischen Arbeiter am 14. d. M. gefällten Schiedsspruch über den 10. Lohn- und 4. Manteltarif. Den Bericht erstattete Polenske. Er kritisierte scharf die Tatsache, daß die strittigen Punkte im Manteltarif wiederum nicht endgültig gelöst worden seien. Die Erfahrungen, die man gesammelt habe, ließen befürchten, daß es mit dem Magistrat wegen dieser Positionen zu erneuten Schwierigkeiten kommen werde. In der Lohnfrage entspreche der Schiedsspruch in keiner Beziehung den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. Der Spruch bringe nur Zulagen von 2,06—4,06 M. pro Stunde, so daß z. B. der Höchstlohn für gelernte Arbeiter 15,50 M., für angelernte 15,00 M., für ungelernte 14,50 M. pro Stunde betrage. Gewisse Verschlechterungen bringe der Spruch in der Frage des Krankenlohns und der Entlassungen. Mit durchaus gerechtfertigter Schärfe verurteilte der Referent die Verschleppungstaktik des Magistrats bei der Regelung der Lohnfragen.

Polenske empfahl den Beschluß einer Urabstimmung in den Betrieben über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches.

Die Diskussionsredner kritisierten entschieden die einzelnen Positionen des Spruches und forderten Ablehnung des völlig unzureichenden Spruches. Genosse Reinsdorf verwies auf die besondere Stellung der städtischen Arbeiter im Produktionsprozeß, daß sie mehr als andere Arbeiterschichten mit der Stimmung der Arbeitnehmerschaft rechnen müßten. Die Versammlung faßte den Beschluß, die Mitgliedschaft durch eine Urabstimmung über das Schicksal des Schiedsspruches entscheiden zu lassen.

Zum Schluß fand ein Antrag einstimmige Annahme, der dem Gewerkschaftskongreß überwiesen werden soll, und der **schärfsten Kampf gegen die „Technische Nothilfe" fordert.**

Für geschlossene Maifeier

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission nahm in ihrer am 18. April abgehaltenen Sitzung Stellung zur diesjährigen Maifeier. Nach einem einleitenden Referat des Obmannes, Genossen Flemming, der die Notwendigkeit einer geschlossenen Kundgebung betonte, wurde einstimmig beschlossen, überall in den Werkstätten und Fabriken für eine vollständige Arbeitsruhe einzutreten und die Massendemonstration zu einer wuchtigen zu gestalten. Alle Teilnehmer sollen sich um 8½ Uhr am Platze „Am Knie" einfinden, von dort aus geschieht der Abmarsch nach dem Lustgarten. — Genosse Flemming sprach hierauf über den am 19. Juni in Leipzig stattfindenden Allgemeinen Gewerkschaftskongreß und behandelte insbesondere die beiden Verhandlungspunkte: Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung und Betriebsräte und Gewerkschaften, die nach Ansicht des Redners von ganz bedeutender Wichtigkeit für die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind. Der Genosse Bollentin bedauerte die immer noch in den Gewerkschaften bestehenden unliebsamen Grenzstreitigkeiten. Man würde dem Kongreß zu Dank verpflichtet sein, wenn es ihm gelinge, diese endgültig aus der Welt zu schaffen. Ein Antrag, bei wichtigen Anlässen eine informatorische Sitzung der Ausschußmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse einzuberufen, fand nach längerer Debatte Annahme. Das Andenken des verstorbenen Genossen Joh. Schneider, Redakteur der „Ameise", wurde in der üblichen Weise geehrt.

*

Gewerkschaftsunterkommission Steglitz-Lichterfelde. Die letzte Versammlung, die am 11. April stattfand, beschäftigte sich zunächst mit den Vorarbeiten zur Maifeier. Einstimmig kam zum Ausdruck, diese einheitlich und wuchtig zu gestalten. Ein Beschluß fand Annahme, daß der gemeinsame Abmarsch zur Demonstration um 8½ Uhr vormittags am Marktplatz an der Düppelstraße in Steglitz stattfinde. Die Tagung beschäftigte sich noch mit der Frage der Arbeiterwohlfahrtspflege und mit den Ferienspielen für die Kinder, desgleichen mit der Auslandshilfe und Quäkerspeisung. Die Mittel hierzu gehen nur sehr spärlich ein, und es wurde deshalb beantragt, die Hälfte der einzelnen Posten, die sich schlecht verteilen lassen, den ausgesperrten Mitgliedern der Ortskrankenkasse Lichterfelde zu überweisen.

Gewerkschaftskommission Wilmersdorf. Montag, den 24. April, abends 7½ Uhr, findet bei Rohr, Kaiser-Allee 51/52, eine Gewerkschaftsversammlung statt. Genosse Vollmerhaus spricht über seine Rußland-Reise. Gewerkschafts- und Parteigenossen sowie Frauen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Damen-, Kindermäntel- und Kostümkonfektion! Vom 10. April 1922 kommt auf die Stück- und Zeitlöhne ein weiterer Aufschlag von 25 Prozent. Die Zeitlöhne werden nach oben abgerundet, so daß die Männerlöhne pro Woche 800 M., die Frauenlöhne 680 M. bis 400 M., je nach der Klasse, betragen.

Parteiveranstaltungen

Freitag, den 21. April:

1. **Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte.** 1., 2. und 3. Distrikt, abends 7 Uhr, im Rosenthalerhof, Rosenthalerstraße 11—12, Sitzung aller Funktionäre der Stadt- und Bezirksverordneten, und der Mitglieder der Pressekommission. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Rand, Kommunal-Angelegenheiten und Presse.

2. **Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt Westen.** Abends 7.30 Uhr interfraktionelle Sitzung sämtlicher Elternbeiräte des Westens bei Richard, Dennewitzstraße 36a. Sozialistische Lehrer und Lehrerinnen werden besonders darauf aufmerksam gemacht. Thema: Die bevorstehenden Elternratswahlen.

Schöneberg-Friedenau. Die Reigenübungen für die Maifeier finden am 21. und 24. April, nachmittags 4.30 bis 7 Uhr in der Schule, Kolonnenstraße 23/26, statt. Kinder, die noch teilnehmen wollen, können sich an dem Abend beim Genossen Bürger melden.

3. **Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt.** Sitzung der Frauenarbeitskommission und der Kinderschutzkommission, abends 7 Uhr bei Wittschuh, Petersburger Straße 5. Erscheinen sämtlicher Funktionärinnen notwendig.

16. **Verwaltungsbezirk, Köpenick-Friedrichshagen usw.** 7 Uhr abends, Sitzung sämtlicher Funktionäre des Bezirks im Arbeitsamt Köpenick, Luisenstraße, Zimmer 6. — 6 Uhr: Zimmer 3, Sitzung der Geschäftsleitung.

6. **Distrikt.** Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission wichtige Sitzung, abends 7.30 Uhr, bei Lausch, Bredowstraße 35.

9. **Distrikt (Wedding).** 2. Abteilung: Kommunale Kommission, Zusammenkunft, abends 7 Uhr bei Weber, Teetzstraße 117. 1. Vortrag: Die historische Entwicklung des Weddings. 2. Kommunale Angelegenheit unseres Bezirks.

9. **Distrikt (Wedding).** Abends 7 Uhr bei Kroll, Sitzung der Bildungskommission. Erscheinen unbedingt notwendig.

12. **Distrikt.** Engere Vorstandssitzung, abends 7 Uhr, bei Hoffmann, Lychener Straße 8, Neuwahl des Vorstandes.

13. **Distrikt.** Abends 7 Uhr, Schulaula, Schönfließer Straße, Generalversammlung. Alle Bezirksführer, die noch kein statistisches Material abgegeben haben, müssen dies sofort nachholen.

14. **Verwaltungsbezirk. Neukölln.** Agitations-Kommission. Die Sitzung findet nicht am Donnerstag, sondern am Freitag, den 21. April, abends 8 Uhr, bei Stamann, Münchener-, Ecke Reuterstraße, statt. Um Erscheinen aller Genossen wird gebeten.

14. **Verwaltungsbezirk. Neukölln.** Agitations-Kommission wichtige Sitzung 7.30 Uhr bei Stamann, Münchener-, Ecke Reuterstraße. Es wird dringend um Erscheinen aller Genossen gebeten.

19. **Distrikt (Kreuzberg).** Schule Wilmstraße 10, Klassenzimmer 22, Zusammenkunft sämtlicher Elternbeiräte; Kandidaten, sowie Eltern schulpflichtiger Kinder. Die bevorstehende Elternbeiratswahlen.

Lichtenberg-Stadt und Land. Abends 7.30 Uhr: Sitzung der Bildungskommission, bei Leipke, Kronprinzenstraße 47. Tagesordnung: Maifeier! Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

Treptow-Baumschulenweg. Bildungsausschuß USPD. 8. Vorführung wissenschaftlicher Filme in der Sternwarte. 1. Eisen und Stahl. 2. Fleischfressende Pflanzen. 3. Shackletons Südpolar-Expedition. 4. Gickel und Gockel (Scherz-Trickfilm). Um 5 Uhr besondere Vorführung für Kinder (1 M.). Eintritt 6 Uhr 3,50 Mk., 8 Uhr 4 Mark. 6

16. **Bezirk. Köpenick, Friedrichshagen, Wahnsdorf, Buchholz, Glienau.** Abends 7 Uhr Konferenz sämtlicher Funktionäre des Bezirks im Arbeitsamt Köpenick, Luisenstraße, Zimmer 6. — Um 6 Uhr ebenda Sitzung der Geschäftsleitung, Zimmer 3. — Es ist Pflicht sämtlicher Funktionäre, zu erscheinen.

Sonnabend, den 22. April:

11. **Distrikt.** Abends 7 Uhr, Distriktskonferenz beim Genossen Scheibe. — Stellungnahme zur Generalversammlung.

Lichtenberg Stadt und Land. Arbeitsgemeinschaft f. d. weltliche Schulen, abends 7 Uhr, Vollversammlung mit den Lehrern im Rathaussitzungssaal (Zimmer 25). Referat: Gen. Landtagsabg. R. Richter, außerdem Elternbeiratswahlen. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.

Vereinskalender

Donnerstag, den 20. April.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Bezirksversammlung Neukölln. Abends 7 Uhr, bei Kassun, Neukölln, Erkstraße 8. — Bezirksversammlung Wedding. Abends 7 Uhr, im Lokal, Berlin, Biesenstraße 12. — Bezirksversammlung Schönhauser Vorstadt. Abend 7 Uhr, bei Schönrock, Berlin, Danziger Straße 90.

Freitag, den 21. April.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung Tegel. Restaurant Hamisch, Tegel, Hauptstraße; Siemensstadt, Schloßklause, Nonnendamm-Allee; Reinickendorf, Restaurant Schulz, Hittenau, am Bahnhof. — Versammlung der Vermessungstechniker im Berliner Rathaus, Chausseestraße 2.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer (Bezirksversammlung in Bernau). Abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Inhaber Grunewald), Bernau, Chausseestraße. — Branchenversammlung (Holzbearbeiter). Abends 7 Uhr, bei Wilhelm Schulz, Berlin, Elisabethstr. 30. — Branchenversammlung (Einzelhandel). Abends 7.30 Uhr, im Klubhaus, Berlin, Ziegelstraße 2. — Branchenversammlung (Brauereien). Abends 5 Uhr, bei Schulz, Berlin, Elisabethstr. 30. — Branchenversammlung (Elektrizität). Abends 7 Uhr, in der Neuen Philharmonie, Berlin, Köpenicker Straße 96—97. — Branchenversammlung (Chemie). Abends 5 Uhr, bei August Beier, Lichtenberg, Hauptstraße 90.

Transportarbeiter-Verband. Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Damenwäsche, Schürzen-, Unterröcke-, Tapisserie- u. Weißwarenbranche. Abends 5.30 Uhr, Gruppenversammlung bei Witte, Poststraße 29.

Arbeiter-Abstinenten-Bund. Ortsgruppe Berlin, abends 7 Uhr, Oberrealschule, Niederwallstraße 12, Mitgliederversammlung. Bericht über die Situation im Bunde. Wichtige Vereinsangelegenheiten.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

Für Mieter unentbehrlich

Reichsmietengesetz

nebst

Kommentar

Von Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim und Dr. Paul Hertz, Mitgl. des Reichstages

Preis 10 Mark

Soeben erschienen! Man bestelle sofort bei der

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C. 2

Breite Straße 8-9.